



Niederschrift

43. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 09.02.2011
Sitzungsbeginn:	17:08 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs SPD

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE
Frau Hannelore Knoblich	SPD
Herr Claus Wartenberg	SPD
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD
Herr Michael Schröder	CDU/ANW
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Nils Naber	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1	Frau Krusemark, SB Recht und Grundstücksmanagement
Frau Dr. Magdowski, GB 2	Frau Trauth-Koschnik, Gleichstellungsbeauftragte
Frau E. Müller-Preinesberger, GB 3	Frau Pilz, Personalratsvorsitzende
Herr Goetzmann, für den GB 4	Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Weise, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen	Herr Retzlaff, Stadtwerke Potsdam
Kommunikation	Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und
Herr Jetschmanegg, Büro des OBM	Frau Dornbusch, Bereich Denkmalpflege

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19. Januar 2011
- 3 Zentrale Vergabestelle
Vorlage: 10/SVV/0953
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Stadtbeleuchtung der Landeshauptstadt Potsdam zum 31.12.2009
Vorlage: 10/SVV/1017
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Bürgerbefragungen
Vorlage: 10/SVV/1052
Fraktion DIE LINKE
- 6 Personalentwicklungskonzept
Vorlage: 11/SVV/0004
Fraktion DIE LINKE
- 7 Fachtagung Bürgerkommune
Vorlage: 11/SVV/0012
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1 STEK Wohnen - Zweiter Bericht zur Umsetzung
 - 8.2 Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmalpflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerung- und Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4"
 - 8.3 Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam - Bericht 2010
Vorlage: 10/SVV/0945
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
 - 8.4 Entwicklungskonzept zur Stärkung des Branchenkompetenzfeldes Medien mit dem räumlichen Schwerpunkt Medienstadt Babelsberg und Schwerpunkte der Umsetzung dieses Konzepts durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0946
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

- 8.5 Entwicklungskonzept zur Stärkung des Branchenkompetenzfeldes Biotechnologie / Life Science mit dem räumlichen Schwerpunkt Wissenschaftspark Potsdam-Golm und die Schwerpunkte der Umsetzung durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0947
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 8.6 Bürgerkredit, Bürgerfonds und kommunale Anleihen
Vorlage: 10/SVV/1004
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 8.7 LKW-Führungskonzept ist in fortgeschriebener Fassung vorzulegen
gemäß Beschluss: 10/SVV/0259
Bericht über die Minimierung des nächtlichen LKW-Durchgangsverkehrs
gemäß Beschluss: 10/SVV/0428
- 8.7.1 Minimierung des nächtliche Lkw-Durchgangsverkehrs
Vorlage: 10/SVV/1008
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 8.8 Jahresbericht Städtepartnerschaften 2010
Vorlage: 11/SVV/0078
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19. Januar 2011

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, folgende Tagesordnungspunkte zurückzustellen:

- 8.1 - STEK Wohnen - Zweiter Bericht zur Umsetzung, sowie
- 8.2 - Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmalpflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4",

da beide Themen vorab im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen besprochen werden sollten, in der gestrigen Sitzung aber nicht mehr behandelt werden konnten. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur im Vorfeld erfolge oder schon vollendete Tatsachen geschaffen würden, antwortet der Oberbürgermeister, dass erst die Information und dann die Umsetzung vorgesehen sei.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die **Niederschrift** des öffentlichen Teils der 42. Sitzung des Hauptausschusses vom 19. Januar 2011 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 **Zentrale Vergabestelle**

Vorlage: 10/SVV/0953

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister verweist auf die Beratungsergebnisse des Rechnungsprüfungsausschusses, der mit Änderungen im Beschlusstext zugestimmt hat sowie die des Werksausschusses KIS, der den Änderungen des Rechnungsprüfungsamtes zustimmt, allerdings mit der Terminänderung – **29.06.2011**.

Da es keinen Diskussionsbedarf gibt, stellt der Oberbürgermeister die vom Rechnungsprüfungsausschuss vorgeschlagene Textfassung mit der Terminänderung des Werksausschusses KIS (die von der Antragstellerin übernommen wurde) zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **hinsichtlich der Einrichtung einer zentralen Vergabestelle einen Vergleich möglicher Varianten einschließlich ihrer Vor- und Nachteile zu erarbeiten und eine Vorzugsvariante vorzuschlagen.**

~~eine zentrale Vergabestelle spätestens zum 01.01.2012 einzurichten, die auch für die städtischen Eigenbetriebe zuständig sein soll.~~

~~Der Hauptausschuss ist regelmäßig über den Sachstand zu informieren~~

Dem Hauptausschuss ist in der Sitzung am 29.06.2011 über das Ergebnis zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 4 **Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Stadtbeleuchtung der Landeshauptstadt Potsdam zum 31.12.2009**

Vorlage: 10/SVV/1017

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Goetzmann bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Stadtbeleuchtung Potsdam zum 31.12.2009 wird gemäß § 7 Ziff. 4 der Eigenbetriebsverordnung (EigV) festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 301.790,53 € wird gemäß § 7 Ziff. 4 i. V. m. § 11 Abs. 6 EigV auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Werkleiter, Herrn Frank Steffens, wird für das Geschäftsjahr 2009 gemäß § 7 Ziff. 5 der EigV Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 5 Bürgerbefragungen

Vorlage: 10/SVV/1052

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg betont bei der Einbringung der Vorlage, dass es mit der Ankündigung des Oberbürgermeisters, Bürgerbefragungen zu wichtigen Entscheidungen der Stadt durchführen zu wollen, jetzt „ernst“ werde.

Seine Fraktion sei der Auffassung, dass Bürgerbefragungen nicht ausschließlich die ganzen Stadt betreffen sollen, sondern auch Stadtteile mit einem entsprechenden Bezug, wie z. B. die Entwicklung des Gartenstadtprojektes in Drewitz und die Entwicklung des Gewerbegebietes im Kirchsteigfeld.

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass es bei der Gartenstadt Drewitz um einen klar abgegrenzten Bereich gehe und die Betroffenen gut zu definieren seien. Er spricht sich dafür aus, die Bürgerbefragung mit anderen Beteiligungsformen zu „verschränken“, um nicht eine Vielzahl Verfahren durchführen zu müssen. Er empfiehlt deshalb, die Verwaltung nicht nur prüfen zu lassen, ob Bürgerbefragungen durchzuführen sind, sondern auch, wie die Einbindung aller Beteiligungsformen erfolgen solle, um die Bürger nicht zu verwirren.

Bei dem Vorhaben der Entwicklung des Gewerbegebietes im Kirchsteigfeld halte er die Bürgerbefragung nicht für den richtigen Weg, da nur ein Teil der Betroffenen klar einzugrenzen sei. Bei der Ansiedlung von Gewerbe seien außer den Anwohnern auch eine Vielzahl anderer betroffen, so dass hier die Aktivitäten der Stadt auf ein Werkstattverfahren mit der breiten Einbeziehung Beteiligter ausgerichtet seien, um für repräsentative Ergebnisse zu sorgen.

Herr Heuer verweist darauf, dass auch kommunalrechtliche Gründe gegen eine Bürgerbefragung sprechen und fragt, wie sich die Antragsteller eine präzise Abfrage dazu vorstellen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt bezüglich der Argumentation von Herrn Goetzmann an, dass ihn die genannten Gründe nicht überzeugen und er sich frage, wann denn eine

Bürgerbefragung durchgeführt werden solle, wenn nicht zu diesen in der Stadt und insbesondere in den Stadtteilen stark diskutierten Themen. Hinzu komme, dass das Werkstattverfahren nur für einen bestimmten Personenkreis zugänglich sei, denn es finde von 08:00 – 18:00 Uhr an einem Werktag statt; wie könne sich da der normale Bürger zum Ausdruck bringen? Bei der Bürgerbefragung könne danach gefragt werden, wie die Anwohner zur Verkehrssituation stehen oder zu der Frage des Waldes. Sicher könne man damit nicht alles erfassen - das sei aber auch nicht der Anspruch – der ausschlaggebende Gesichtspunkt sei die Betroffenheit. Das händelbar zu machen, sei sicher eine Leistung.

Der Oberbürgermeister empfiehlt, erst die Beteiligungsverfahren abzuwarten und deren Ergebnisse der Befragung zu Grunde zu legen. Bezüglich des Drewitzparkes habe die Stadtverordnetenversammlung der Verwaltung viele Aufgaben zur Prüfung gegeben, so dass zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht klar sei, ob eine Befragung Sinn mache. Die sollte abgewartet und der Antrag bis dahin zurückgestellt werden. Außerdem sei die Verwaltung dabei, mit Experten zu diskutieren, wie Bürgerbefragung, Bürgerbeteiligung, Internetplattform usw. in einem Konzept zusammenzufassen seien – eine entsprechende Mitteilungsvorlage werde im April vorgelegt.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er die grundsätzliche Entscheidung zu Bürgerbefragungen, deren Formen etc. gerne trennen wolle von den mit dem Antrag benannten zwei Vorhaben, um für alle Bürger den Zugang dazu zu schaffen.

Im Ergebnis einigt sich der Hauptausschuss darauf, den Antrag **zurückzustellen** bis zur Vorlage des **Beteiligungskonzeptes im April 2011**.

zu 6 Personalentwicklungskonzept

Vorlage: 11/SVV/0004

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Schröter führt dazu aus, dass dieses Anliegen mit dem haushaltsbegleitenden Beschluss H1 mit der Haushaltssatzung 2010 bereits beschlossen wurde und das **Personalentwicklungskonzept** bis November 2011 vorzulegen sei und **zieht** damit den **Antrag zurück**. Auf ihre Bitte, in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses in die Thematik „eingeweiht“ zu werden, schlägt der Oberbürgermeister die Sitzung am 13. April vor.

zu 7 Fachtagung Bürgerkommune

Vorlage: 11/SVV/0012

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schüler bringt die Vorlage ein und übernimmt namens der Antragstellerin die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Terminänderung „III. Quartal 2011“.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im **zweiten** III. Quartal 2011 eine Fachtagung zum Thema „Zukunft der Potsdamer Bürgerkommune“ zu veranstalten.

Bei der Durchführung der Fachtagung ist eine Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam anzustreben.

Die Ergebnisse der Veranstaltung sollen dokumentiert werden und Grundlage für

eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Potsdamer Bürgerkommune sein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 STEK Wohnen - Zweiter Bericht zur Umsetzung

zurückgestellt, da im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen noch nicht behandelt

zu 8.2 Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmalpflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerung- und Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4"

zurückgestellt, da im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen noch nicht behandelt

neu Information

Der Oberbürgermeister informiert über die Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestages am heutigen Tag, der die Vorlage zum Verkauf der Grundstücke am Griebnitzsee zustimmend zur Kenntnis genommen habe. Damit werde es keine weitere Befassung geben und die Stadt könne den Vertrag mit der BIMA notariell beurkunden lassen. Er sei nun zuversichtlich, dass die Stadt ihrem Ziel der Offenhaltung des Uferweges ein Stück näher gekommen sei, allerdings sei man auch jetzt nicht vor weiteren Klagen gefeit.

Die Stadtverordneten werden darüber informiert, wenn die Verträge beurkundet sind.

zu 8.3 Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam - Bericht 2010

Vorlage: 10/SVV/0945

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Trauth-Koschnik bringt die Vorlage ein. In der sich anschließenden Diskussion merkt Frau Dr. Müller an, dass die in der Mitteilungsvorlage enthaltenen Informationen sehr wertvoll seien, ebenso wie das aufgeführte Fazit zu den Handlungsfeldern - auch die gewählte Systematik gefalle. Allerdings sei festzustellen, dass kein Fazit von der Stadt alleine zu lösen sei, deshalb frage sie, ob vorgesehen sei, in einem 2. Bericht dazu ergriffenen Maßnahmen und Initiativen darzustellen. Frau Trauth-Koschnik entgegnet, dass kein zweiter Bericht vorgesehen sei. Die Aussagekraft der Daten werde sich erst im Laufe der Jahre zeigen, Initiativen seien weiterzuentwickeln und ergriffene Maßnahmen zu bewerten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Entwicklungskonzept zur Stärkung des Branchenkompetenzfeldes Medien mit dem räumlichen Schwerpunkt Medienstadt Babelsberg und Schwerpunkte der Umsetzung dieses Konzepts durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0946

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs bringt Tagesordnungspunkt 8.4 und 8.5 gemeinsam ein und beantwortet die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Entwicklungskonzept zur Stärkung des Branchenkompetenzfeldes Biotechnologie / Life Science mit dem räumlichen Schwerpunkt Wissenschaftspark Potsdam-Golm und die Schwerpunkte der Umsetzung durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0947

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

siehe Tagesordnungspunkt 8.4

zu 8.6 Bürgerkredit, Bürgerfonds und kommunale Anleihen
Vorlage: 10/SVV/1004

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Vorlage ein. In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Schüler, dass es nicht das Anliegen der Antragsteller gewesen sei, zusätzliche Mittel einzuwerben, so dass die Mitteilungsvorlage als erster Zwischenbericht zu sehen sei. Er meine, die Möglichkeiten seien noch nicht erschöpfend geprüft. Nach seiner Kenntnis habe die Pro Potsdam einen gangbaren Weg gefunden, andere Unternehmen sehen das eher reserviert.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass hier eine abstrakte Prüfung der Möglichkeiten erfolgt sei, es aber letztlich darum gehe, bürgerschaftliches Engagement zu wecken und eine Identifikation herzustellen. Das werde z. B. beim Klimaschutzkonzept eine Rolle spielen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.7 LKW-Führungskonzept ist in fortgeschriebener Fassung vorzulegen
gemäß Beschluss: 10/SVV/0259
Bericht über die Minimierung des nächtlichen LKW-Durchgangsverkehrs
gemäß Beschluss: 10/SVV/0428

zu 8.7.1 Minimierung des nächtliche Lkw-Durchgangsverkehres
Vorlage: 10/SVV/1008

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass für die weitere Bearbeitung des LKW-Führungskonzeptes eine Kordonzählung sei, mit der eine möglichst lückenlose

Erfassung und Identifizierung der Kraftfahrzeuge mittels Registrierung von Teilen der Kennzeichen erfolge und somit der Ein-, Aus- und Durchgangsverkehr erfasst werden könne. Diese Zählung musste im vergangenen Jahr auf Grund des frühen Wintereinbruchs kurzfristig abgesagt werden. Das ergebe sich daraus, dass eine Kordonzählung repräsentativ sein müsse, was unter den genannten Bedingungen nicht der Fall gewesen wäre. Da man im Zuge der Auswertung und Umsetzung auf intensive Arbeitskapazitäten angewiesen sei und dafür andere Aufgaben zurückstellen müsse, gehe er davon aus, dass im II. bzw. III. Quartal 2011 das LKW-Führungskonzept vorliege.

Auf die Bitte von Frau Dr. Müller, einen realen Termin für die Einreichung der Vorlage zu nennen, verweist Herr Goetzmann auf die Vorlaufzeiten für die Vorlagenbearbeitung, so dass der Dezember 2011 realistisch sei.

zu 8.8 Jahresbericht Städtepartnerschaften 2010

Vorlage: 11/SVV/0078

Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation

Der Oberbürgermeister und Frau Dr. Sommer bringen die Mitteilungsvorlage ein. Im Weiteren fragt Frau Dr. Schröter nach dem Stand der Städtepartnerschaft mit Bobigny. Diese Städtepartnerschaft, so der Oberbürgermeister, ist nach wie vor das „Sorgenkind“. Nachdem vor einigen Jahren ein erfreulicher Versuch gestartet wurde, die Städtepartnerschaft zu beleben, konnte das durch den plötzlichen Tod des damaligen Bürgermeisters nicht aufrecht erhalten bleiben. Die Intensität der Städtepartnerschaft sei zwangsläufig an die handelnden Personen gebunden. Hinzu komme, dass Städtepartnerschaften in Frankreich zentralen Regularien unterliegen und die Kommune nicht so viel Spielraum habe.

Frau Dr. Sommer ergänzt, dass die Stadt bei vielen Projekten auch im direkten Kontakt scheitern und auf Einladungen nicht geantwortet werde. Darüber hinaus fehle bezüglich dieser Städtepartnerschaft die entsprechende Vereinsarbeit in beiden Städten.

Frau B. Müller dankt dem Bereich Marketing für den Bericht und auch dem Beirat für Städtepartnerschaft für die Arbeit. Der Bereich Marketing und auch der Oberbürgermeister hätten immer ein offenes Ohr für die Belange der Städtepartnerschaften. Sie bittet den Oberbürgermeister, den jährlichen Empfang für Vertreter der Partnerschaftsvereine wieder zu aktivieren und fragt nach, ob das zugesagte Schreiben an die Partnerstädte zum Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus bereits verschickt wurde.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass der Brief bereits im Entwurf vorliege, aber noch nicht verschickt worden sei.

Frau Dr. Müller merkt an, dass sie sich darüber freue, dass die Stelen auf dem Luisenplatz trotz ablehnendem Votum der Stadtverordnetenversammlung aufgestellt werden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 9 Sonstiges

Eingangs wird Herr Blaser als der neue Ortsvorsteher des Ortsteils Groß Glienicke vom Oberbürgermeister begrüßt und vorgestellt.

Glienicker Horn

Der Oberbürgermeister verweist auf die Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger zum Sachstand der Bebauung des Glienicker Horns und bittet Herr Goetzmann um entsprechende Ausführung. Dieser erläutert die getroffene gerichtliche Entscheidung und die rechtlichen Hintergründe, wonach am Glienicker Horn keine Bebauung genehmigt werden könne. In einem Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdams wurde die erste Änderung des B-Plans Nr. 7 aus denkmalrechtlichen Erwägungen für unwirksam erklärt. Grund sei die damit verbundene vollständige und unwiderrufliche Zerstörung der schützenswerten Sichtbeziehungen vom Babelsberger Park.

Die Stadt, so Herr Goetzmann, sei von diesem Urteil überrascht worden. Auf die Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger, was die Verwaltung nun tun werden, ob eine Veränderungssperre Sinn mache und in welchen Schritten der B-Plan geändert werde, entgegnet Herr Goetzmann, dass man das Urteil abwarten müsse.

Baugenehmigung für den Archiv e.V.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, warum die zugesagte Baugenehmigung für den Archiv e.V. erst verzögert erteilt werden kann, entgegnete Goetzmann, dass das mit der verspäteten Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV), die erst Ende Januar bei der Stadt eingegangen sei, zusammenhänge.

Wissenschaftszentrum

Frau Dr. Schröter erinnert an ihre mündliche Anfrage zum Wissenschaftszentrum und die Zusage, die konkrete Planung demnächst vorzulegen.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dies in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses mit aufzunehmen.

Gemeinsame Sitzung mit dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark und Beratung zum Landtagsneubau

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob es bereits eine Abstimmung mit Herrn Blasig zur gemeinsamen Sitzung mit dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark gegeben habe sowie nach dem Termin für die Beratung zum Landtagsneubau.

Im Weiteren bittet er zu prüfen, warum die Straße auf dem Zubringer zum Zentrum Ost einseitig gesperrt ist. Der Oberbürgermeister verweist in seiner Antwort darauf, dass bei einem Treffen mit dem Landrat eine gemeinsame Sitzung der Beigeordneten für den Mai dieses Jahres vereinbart wurde, um Themen zu vertiefen und künftige Themen zu eruieren. In diesem Zusammenhang werde auch die gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreistagsausschuss vorbereitet. Der Termin bezüglich der Beratung des Landtagsneubaus sei noch unkonkret und werde im Laufe des Jahres 2011 stattfinden.